

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

Einzelplan 03 - Innenministerium

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 03 gemäß 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatter
Berichterstatter/in

Abgeordneter
Abgeordneter
Abgeordnete
Abgeordnete

Schittges CDU
Groschek SPD
Dr. Wolf F.D.P.
Müller Bündnis 90/Die Grünen

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 03 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattegespräch zum Einzelplan 03 (Nachtrags-
haushalt 2000) am 28.09.2000

1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Abgeordneter Michael Groschek	SPD
Abgeordneter Winfried Schittges	CDU
Abgeordneter Dr. Ingo Wolf	F.D.P.
Abgeordnete Edith Müller	BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
LMR Sander	IM
MR Schneider	IM
RD Arians	IM
MR Nagel	IM
OAR Vinck	IM
MR Dahnz	FM
OAR Schneider	FM
ORR Fröhlecke	Landtagsverwaltung

2. Personaltitel

Kapitel 03 010 - Ministerium

Titel 4221 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Die Frage nach dem Hintergrund für die Verlängerung der kw-Vermerke (Härtefallkommission) wurde dahin beantwortet, dass diese Kommission noch benötigt wird.

Die Härtefallkommission hat seit Aufnahme ihrer Arbeit im Jahre 1996 3000 Anträge bearbeitet. In ca. 17% der beratenen Fälle sprach die Kommission eine positive Empfehlung im Sinne des Antragsbegehrens aus. In weiteren knapp 25% der Fälle wurde eine Empfehlung unterhalb des Antragsbegehrens ausgesprochen. Per Saldo erfolgte also in mehr als 40% aller Fälle eine (im Sinne der Antragsteller) positive Empfehlung der HFK.

Die Kontinuität der Antrageingänge macht deutlich, dass die Arbeit der HFK über bestimmte Aktualitäten hinaus eine permanente ist. Angesichts der Leistungsbilanz ist die Arbeit der HFK als derart hilfreich und sinnvoll zu bewerten, dass die Verlängerung der kw-Vermerke mindestens bis zum Ende der Legislaturperiode dringend erforderlich ist.

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW

Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Der Wegfall von 21 Planstellen ergibt sich aus der Umwandlung in 18 Angestelltenstellen, die bei der Bezirksregierung Münster benötigt werden für die Beaufsichtigung des Fluggastkontrolldienstes an den Flughäfen Münster/Osnabrück, Paderborn/Lippstadt und Dortmund.

3. Sachtitel

Kapitel 03 030 - Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Titel 643 20 Kostenerstattung an die Landschaftsverbände gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 FlüAG sowie die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 5 Abs. 2 FlüAG i.V.m. § 2 Nr. 1 FlüAG

Der Titel dient der Deckung der Ausgaben der Landschaftsverbände für die Betreuung und Versorgung gem. § 5 FlüAG. Die Kürzung des Ansatzes ist gerechtfertigt. Im Laufe des Haushaltsvollzugs hat sich gezeigt, dass der Titel nicht in Höhe des Ansatzes in Anspruch zu nehmen ist. Sie beruht im übrigen auf Änderungen des Jugend- und Kinderhilfegesetzes und der Rechtsprechung des OVG, wonach diese Hilfeleistungen gegenüber denen gem. § 5 Abs. 1 FlüAG als vorrangig zu gelten haben.

Titel 883 10 - Zuweisung an Gemeinden zur Errichtung und erstmaligen Einrichtung von Übergangsheimen gemäß § 6 Abs. 1 FlüAG a.F.. Abwicklung von Altfällen

Dieser Titel musste neu eingerichtet werden, weil die Bezirksregierung Arnsberg durch Urteil des OVG vom 28.03.2000 verpflichtet wurde, den Förderantrag der Städte Selm und Lennestadt neu zu bescheiden. Danach besteht gegenüber den Städten Selm und Lennestadt eine Nachzahlungsverpflichtung.

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW

Titel 812 20 - Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Einrichtung von Waffenmeistereien, technische Ausstattung der Schießstände, Anschaffung von Schießausbildungsgerät

Es ist beabsichtigt, in den nächsten Jahren 30 000 Polizeivollzugsbeamte mit schuss- und stichfesten Unterziehwesten auszustatten. Hierzu wird im Nachtragshaushalt eine 10 Mio DM-Verpflichtungsermächtigung benötigt, weil

davon auszugehen ist, dass die z.Z. in drei Polizeibehörden mit insgesamt 180 Unterziehwesten von 3 Herstellern laufende Erprobung bald beendet wird und noch in diesem Jahr die 1. Ausschreibung erfolgen kann.

Jede Unterziehweste kostet 2000.-- DM. Daher ist vorgesehen, im Haushalt des kommenden Jahres einen weiteren Betrag von 20 Mio DM anzusetzen und eine weitere VE über 30 Mio DM für den Haushalt 2002 einzustellen.

Titel 518 83 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Die Zahlung des Betrags in Höhe von 3,5 Mio DM ist erforderlich zur Abgeltung der Instandhaltungsverpflichtung des Landes, die sich aus dem am 27.03.1992 geschlossenen Mietvertrag über die Anmietung der zentralen Unterbringungseinrichtung für Asylbewerber in Castrop-Rauxel ergibt. Diese Unterbringungseinrichtung wurde mit Ablauf des 31.12.2000 gekündigt.

Schittges	Groschek	Dr. Wolf	Müller
(Hauptberichterstatter)	(Berichterstatter)	(Berichterstatter)	(Berichterstatterin)